

# Deklaration von Salzburg

Diese Deklaration enthält die Wünsche und Forderungen von 64 internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Seminars „20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs: Die EU – Ein Friedensprojekt“, das vom 16. bis 18. Oktober 2009 in Wals-Siezenheim bei Salzburg (Österreich) durchgeführt wurde. Das Programm ist diesem Schreiben angefügt. Die Teilnehmenden kamen aus Belgien, Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Frankreich, Kroatien, den Niederlanden, Österreich, Polen und der Slowakischen Republik.

Veranstalter dieses Seminars waren das Europa Zentrum Baden-Württemberg (D), Europski Dom Vukovar (HR), das European Network for Education and Training (EUNET), der Dachverband Europa-politischer Bildungseinrichtungen und das Institut für Europa im Salzburger Bildungswerk (A).



Die Ergebnisse dieser Veranstaltung basieren auf Vorträgen, Diskussionen und Präsentationen sowie der Arbeit in Arbeitsgruppen, deren Resultate im Plenum vorgestellt, diskutiert und verabschiedet wurden. Sie bilden die Grundlage für diese Deklaration und beschäftigen sich mit drei grundsätzlichen Themen:

1. Entwicklung von Strategien zur Vermeidung von Krieg bzw. Konflikten aufgrund ethnischer, religiöser und sozialer Zugehörigkeit
2. Heranführen von Nicht-EU-Staaten in Südost-Europa und deren Menschen an die Europäische Union
3. Eigenleistungen dieser Staaten und ihrer Bürgerinnen und Bürger zur Erfüllung der Kriterien für einen EU-Beitritt

## Ad 1. Entwicklung von Strategien zur Vermeidung von Krieg bzw. ethnischen Konflikten

Jedes Bildungssystem muss seine Bürgerinnen und Bürger zum Frieden und zur guten Nachbarschaft erziehen: Toleranz und Achtung, Respektierung der Menschenrechte jeder einzelnen Person, Bekämpfung von Extremismus, Diskriminierung von Minderheiten und übertriebenem Nationalismus. Diese Erziehung zum Frieden muss in den Ländern Südost-Europas, die noch nicht der EU angehören, in Kindergärten, Schulen, Hochschulen sowie in allen Einrichtungen der Erwachsenenbildung gefördert werden. Die Europäische Union wird aufgefordert, diese Erziehung zu unterstützen, in erster Linie durch Bereitstellung des entsprechenden "Know how" sowie durch die Fortbildung der lokalen Fachkräfte.

Nach dem Modell der deutsch-französischen Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg werden Programme für Schul-, Städte- und Vereinspartnerschaften gefordert.

Das Eingestehen von Schuld wird als wesentlicher Bestandteil für Aussöhnung betrachtet. Dazu werden hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Volks- und/oder Glaubensgemeinschaften aufgefordert.

## Ad 2. Heranführen von Nicht-EU-Staaten in Südost-Europa und deren Menschen an die Europäische Union

Die EU und deren Mitgliedstaaten werden zu folgenden Maßnahmen aufgerufen:

- ▶ Unterstützung der Ausbildung örtlicher Kräfte mit Hilfe von EU-Militär- und Polizeiexpertinnen und -experten
- ▶ Entsendung von entsprechenden Expertinnen und Experten an Universitäten und Hochschulen
- ▶ Mithilfe beim Aufbau von Verwaltung und Justiz
- ▶ Mithilfe bei der Bekämpfung von Korruption, Menschenhandel und -Schmuggel
- ▶ Förderung des Aufbaus von Zivilgesellschaften durch die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen vor Ort
- ▶ Mitwirkung bei der Räumung von Landminen und der Beseitigung von Kriegsschäden
- ▶ Öffnung des ERASMUS-Programms für Studierende aus den betroffenen Staaten
- ▶ Gewährung von Sonderkonditionen für den Aufbau von kleineren und mittleren Unternehmen

## Ad 3. Eigenleistungen dieser Staaten und ihrer Bürger und Bürgerinnen für einen EU-Beitritt

Die Bringschuld der betroffenen Länder sollte umfassen:

- ▶ vollständige Übernahme des Wertekanons der Europäischen Union und dessen Vermittlung an die Bürgerinnen und Bürger
- ▶ Aufbau einer funktionierenden und belastbaren Demokratie
- ▶ bedingungslose Verfolgung von Kriegsverbrechern und –verbrecherinnen und deren Auslieferung an den Internationalen Strafgerichtshof
- ▶ Einleitung von Gerichtsverfahren insbesondere gegen Mörder und Vergewaltiger, die für ihre Taten noch nicht belangt wurden
- ▶ rasche Klärung der durch Kriegsfolgen veränderten Eigentumsverhältnisse als Voraussetzung für den weiteren Wiederaufbau.

•

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars sind sich einig, dass ein Leben in Frieden in der Europäischen Union keine Selbstverständlichkeit ist. Dieser Vorteil soll auch allen noch außerhalb der EU stehenden Menschen zuteil werden – sowohl mit Unterstützung durch die EU, als auch durch eigene Anstrengungen.

•

Die Veranstalter bedanken sich für die Unterstützung bei der GD Bildung und Kultur der Europäischen Kommission mit Mitteln aus dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, beim (österreichischen) Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und bei der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung sowie für die Zusammenarbeit bei der EuRegio Salzburg-Berchtesgadener Land-Traunstein und beim Katholischen Bildungswerk Berchtesgadener Land.